

# Rat setzt auf mehr Repression in der Drogenpolitik

Der Grosse Rat hat einen Vorstoss überwiesen, der eine repressive Drogenpolitik stärkt. In der Debatte ging es vor allem darum, was den Süchtigen hilft und gegen Dealer wirkt – und was eben nicht.

von Ursina Straub

**P**raktisch alle Hebel wurden am Dienstagmorgen im Grossratssaal aufgezählt. Alle Hebel, die die Regierung in Gang setzen kann und sollte, um die Kriminalität bei der Beschaffung von Drogen einzudämmen. Und auch alle Hebel, um Suchtkranken zu helfen und sie im besten Fall von der Sucht wegzubringen. Denn darum geht es im Auftrag der Churer SVP-Grossrätin Sandra Adank: um wirksame Mittel gegen die Beschaffungskriminalität.

«Wir haben nun die ganze Palette einer möglichen Drogenpolitik gehört», fasste Regierungspräsident Peter Peyer die Debatte zusammen. «Aber wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns eingestehen: Es gibt kein Patentrezept – und wir werden es auch nicht schaffen, eine drogenfreie Gesellschaft zu haben.» Es könnten lediglich die negativen Auswirkungen auf die Betroffenen und auf die Bevölkerung verringert werden, fuhr Peyer fort. Und dass nur ein Mix an Massnahmen taue, das habe die Regierung in ihrer Antwort auf den Vorstoss klar gemacht (Ausgabe vom Samstag).

## Grossmehrheitlich dafür

Dieser Massnahmenmischung haben die Ratsmitglieder zugestimmt, indem sie den abgeänderten Auftrag Adank mit 92 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei null Enthaltungen überwiesen. Damit wird die Regierung beauftragt, alle notwendigen Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, welche die Säule Repression bei der Drogenpolitik dauerhaft stärkt – ohne dass die drei anderen Säulen geschwächt werden, nämlich Prävention, Therapie und Schadensminderung. Wenn nötig kann auch der Personalbestand aufgestockt werden.

Aufgefächert wurde in der Diskussion wie gesagt, wie wichtig die vier



Macht sich vor den Ratsmitgliedern für ihren Vorstoss stark: die Churer SVP-Grossrätin Sandra Adank. Sie betont: «Entscheidend ist, dass wir am eingeschlagenen Weg festhalten.» Bild Livia Mauerhofer

Säulen der Drogenpolitik seien. So betonte die Domleschger SP-Grossrätin Renate Rutishauser etwa, dass der beste Schutz vor Beschaffungskriminalität sei, Sucht zu verhindern. «Da-

«Es gibt kein Patentrezept – und wir werden es auch nicht schaffen, eine drogenfreie Gesellschaft zu haben.»

Peter Peyer  
Regierungspräsident

rum sollen die Anstrengungen prioritär auf der Prävention liegen.» Der Alvascheiner Mitte-Grossrat Reto Cramer bemerkte, dass die Polizei stärker in und um den Stadtpark präsent sei, wodurch sich die Situation etwas verbessert habe. «Das zeigt, dass Repression eine gewisse Wirkung hat.»

## «Ein Fass ohne Boden»

Mario Cortesi (SVP, Chur) betonte, die Bevölkerung erwarte, dass stärker gegen die Verursacher der Drogenszene vorgegangen werde und dass Repression der beste Schutz sei. Christine Kocher (FDP, Klosters) fand hingegen, das Problem sei mit Repression allein nicht zu lösen. «Die Kosten für Repression sind ein Fass ohne Boden.» Auch Géraldine Danuser unterstrich: «Die drei anderen Säulen dürfen nicht geschwächt werden.»

Wie sich die Drogenszene entwickelt hat, schilderte der Churer Grossrat und Stadtrat Patrik Degiacomi. Die Zahl der Abhängigen habe sich dank der Bemühungen der Polizei auf hohem Niveau stabilisiert. «Doch der Kern der Drogenszene ist massiv verelendet und in den letzten Jahren auf das Dreifache angewachsen.»

Xenia Bischof (SP, Chur) schliesslich warnte, es fehle ein effizientes Drogenprogramm und ein Drug Checking; die Möglichkeit also, dass konsumierende Substanzen kostenlos analysieren lassen können. Wichtig sei dies auch, wenn neue Drogen auf dem Markt auftauchten. Etwa das künstliche Opioid Fentanyl, das in den USA bereits Tausende von Todesopfern forderte. «Wir müssen wissen, was passiert, wenn Fentanyl die Schweiz überflutet», sagte Bischof.

## Spritzkanne

Seit der Augustsession wird im Grossen Rat gedolmetscht. So werden romanische Voten etwa auf Deutsch übersetzt. Die Rätinnen und Räte sprechen darum nun vermehrt in ihrer Muttersprache, ohne eine deutsche Zusammenfassung nachzuliefern – denn sie werden ja jetzt verstanden. **Zumindest von den Ratsmitgliedern.** Sie können sich die 1:1-Übersetzung über Kopfhörer anhören. All jene, die nicht in allen drei Kantonsprachen sattelfest sind, bleiben aber aussen vor. Im August wurde zwar angekündigt, die Simultanübersetzung könne ab dieser Session über den Livestream angehört werden. Jetzt heisst es: leider noch nicht. Bleibt zu hoffen, dass es im Dezember mit der Verdolmetschung tatsächlich klappt. Sonst werden die Debatten zwar in der Grossratsblase verstanden, aber nicht von der ganzen Wählerschaft und auch nicht von allen Medien-schaffenden.

## Der Grosse Rat

### Gestern hat der Grosse Rat:

- Den Auftrag Adank zur Beschaffungskriminalität überwiesen sowie;
- den Kommissionsauftrag Kuve betreffend Beschleunigung von Rechtsmittelverfahren überwiesen und
- weitere Vorstösse behandelt, so etwa den Auftrag Bavier zur Erhöhung der Landeslotteriebeiträge an die Sportverbände.

### Heute wird der Grosse Rat:

- Die Fragestunde abhalten;
- diverse Vorstösse behandeln, so den Antrag auf Direktbeschluss der SP betreffend Ergänzung der Geschäftsordnung und den Fraktionsauftrag SVP zu Minimalabstand von Windrädern,
- sowie die Session beenden.

# Regierung soll Verfahrensdauern verkürzen

Bauprojekte werden regelmässig durch Einsprachen verzögert. Die Bündner Exekutive muss nun Vorschläge liefern, wie sie das ändern will.

von Patrick Kuoni

Lange Verfahrensdauern bei Einsprachen gegen private oder öffentliche Bauvorhaben können für viel Ärger sorgen. Dieser Ärger hat sich auch im Bündner Parlament entladen. Im Juni wollte die SVP, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen, beim Bund vorstellig werden, um das Verbandsbeschwerderecht einzuschränken. Der Vorschlag wurde mit 63:47 Stimmen bei einer Enthaltung verworfen (Ausgabe vom 15. Juni). Dies auch, weil die Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie (Kuve) einen anderen Vorschlag ausgearbeitet hatte. Sie forderte, dass die Regierung aufzeigen soll, wie Rechtsmittelverfahren verkürzt werden können.

## Regierung sieht kaum Spielraum

Die Antwort der Regierung sorgte dann aber für Ernüchterung, wie etwa Gian Derungs (Mitte, Lugnez) ausführte. Denn gemäss Regierungsantwort habe es meist der Bund in der Hand, Veränderungen herbeizuführen.

«Unter anderem weil die Kommission versprach, dass ihr Auftrag zielführender sei, lehnten einige Ratsmitglieder den Vorschlag der SVP trotz Sympathien ab», so Derungs. Man behalte sich deshalb vor, den Vorschlag noch einmal einzubringen.

## Rat überstimmt Exekutive

Zuerst muss nun aber die Regierung ran, der Rat überwies den Auftrag der Kommission gegen ihren Willen mit 98:17 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Franziska Preisig (SP, Oberengadin) führte etwa aus, dass man in der Kuve gewusst habe, dass der Spielraum eng sei. Aber: «Dort wo es Spielraum gibt, sollten wir diesen ausnutzen.» Dabei müsse man auch über eine Personalaufstockung am Verwaltungsgericht sprechen. Denn: «Eine Straffung der Verfahren ist nur mit entsprechendem Personal möglich.»

Erich Kohler (Mitte, Rhäzüns) machte bei der Regierungsantwort an verschiedenen Orten Mängel aus. Die Kuve habe sich etwa dafür interessiert, ob Spezialgerichte eine Verbesserung der

Situation bringen könnten. «Auf die Frage wurde nicht eingegangen.» Unbeantwortet sei auch die Frage geblieben, ob ein Verfahren bei klaren Fällen angepasst werden könne. «Der Regierung ist dann wohl selber bewusst geworden, dass ihre Antwort zu knapp ausgefallen ist, sie hat darum kurzfristig ein Argumentarium nachgeliefert.» Ein Vorgehen, welches nicht bei allen gut ankam. So erklärte FDP-Präsident Bruno Claus: «Es ist nicht zielführend, der Kommission kurz vor der Debatte ein Argumentarium zuzustellen, welches der Grosse Rat nicht erhalten hat.» Ebenso könne es nicht sein, dass die Regierung zu einem Auftrag, der überwiesen werde, sage, dass man schon noch einmal über die Bücher gehen könne, man aber wohl kaum zu neuen Schlüssen komme.

Dies hatte Regierungspräsident Peter Peyer tatsächlich zuvor ausgeführt. Dies, weil «wir die Möglichkeiten, die es gibt, mit Vor- und Nachteilen aufgezeigt haben».

Anderer Meinung war Stefan Metzger (SVP, Oberengadin). Er hielt fest,

«Eine Straffung der Verfahren ist nur mit entsprechendem Personal möglich.»

Franziska Preisig  
SP-Grossrätin

dass ein Teil der Antwort der Regierung falsch sei. Die Regierung hatte da geschrieben, dass der verfassungsmässige Anspruch eine Beschneidung des Rechtsschriftenwechsels nicht zulasse. Metzger meinte dazu: «Das unbedingte Replikrecht fordert gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts gerade nicht die Eröffnung eines zweiten, dritten oder vierten Schriftenwegs.» Dem unbedingten Replikrecht sei Genüge getan, wenn ein Schriftstück ohne Ansetzen einer Frist der anderen betroffenen Partei nachweislich zur Kenntnis zugestellt werde.

## Verzögerung für Zeitgewinn

Für das Phänomen, zwei oder mehr Schriftenwechsel anzusetzen, gibt es nach seiner Ansicht andere Gründe. Es gehe dabei darum, dass die Personen, die die Geschäfte vorbereiten – entweder bei der Verwaltung oder bei Anwaltskanzleien, die im Auftrag von Gemeinden arbeiten –, gerade keine Zeit für die Angelegenheit hätten. Sie würden deshalb, um Zeit zu gewinnen, weitere Schriftenwechsel anordnen.